

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Volksehrwürdigen Leipziger, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit Austr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.- für Selbstholer 1.80 Mk. - Durch die Post bezogen 2.- Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72204.  
**Verkaufsstelle:** Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 72206. - **Berlin in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 - **Telefon** 72209

**Anzeigenpreise:** Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Pfg., bei Plakatschrift 40 Pfg., Stellenangebote 10. Spalte, Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatisten die 10. Spalte, Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Interate v. ausw.: die 10. Spalte, Kolonelle 40 Pfg. bei Plakatschrift, 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Die Illusion plakt

Genfer Konferenz der kapitalistischen Wirtschaftspolitiker

### Keine Zollsenkung!

SPD Genf, 19. Februar.

Am Mittwoch hielten sich auf der Zollkonferenz in den Reden des italienischen faschistischen Ministers Bottai und des sozialdemokratischen dänischen Handelsministers Bramsnaes die beiden Gegenpole der Wirtschaftskonferenz für eine Völkerverständigung ungewöhnlich deutlich heraus. Auf der faschistischen Seite eine glatte Ablehnung der internationalen Wirtschaftszusammenarbeit und des freien Warenverkehrs, auf der sozialdemokratischen die Forderung weitestgehender Handelsfreiheit und wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Bottais Stellungnahme gipfelte in den Sätzen: „Eine Stabilisierung durch einen Zollfrieden würde den Ländern schaden, die dabei sind, ihre wirtschaftliche Struktur ihren nationalen Bedürfnissen anzupassen. Wir Italiener meinen daher, daß die gegenwärtige Situation kollektiven Abkommen wirtschaftlichen Charakters und besonders einem Zollfrieden wenig günstig ist. Der Zollfriedensgedanke ist verflücht und praktisch nicht durchführbar. Es gilt zu warten, bis es in die Welt eine größere Annäherung der nationalen Wirtschaftssysteme gibt, nur eine solche Basis kann die Plattform für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit abgeben. Bis dahin muß jedes Land seine eigenen Maßnahmen ergreifen.“

Bramsnaes erklärte, daß landwirtschaftliche und industrielle Krisen und die Arbeitslosigkeit auf die Dauer nicht mit protektionistischen Mitteln und nicht mit Maßnahmen der nationalen Wirtschaft allein bekämpft werden können. Er schloß: „Heute morgen hörten wir die Ausführungen des italienischen Ministers, die wenig ermutigend für die Zukunft unserer Arbeiter waren. Trotzdem hoffe ich im Interesse der Völker auf ein Ergebnis. Der Weg zu einer besseren Wirtschaft ist nicht die Isolation der Staaten, sondern die Zusammenarbeit, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen allen Völkern der Welt.“

Letzland äußerte sich in zustimmendem, der dänischen Auffassung ähnlichem Sinne, der polnische Handelsminister gab eine sehr interessante Vorlesung über die Wirtschaftspolitik der neuen Staaten, die trotz grundsätzlicher Zustimmung zu dem Versuch eines Zollfriedens doch darauf hinausließ, daß den neuen Staaten die Möglichkeit gegeben werden müsse, ihre Industrie durch Erleichterung der Zollsenkungen, bzw. ihren Absatz in Agrarprodukten zu sichern. Das Zollfriedensabkommen, das der Völkerverständigung dieses Standpunktes entwickelte, soll im Gegensatz zur dänischen Auffassung so weitherzig und wenig einschränkend wie möglich ausfallen. Mit dem Rumänen stimmte er überein in der Forderung, die Möglichkeit regionaler Wirtschaftsabkommen ebenfalls zu prüfen, wobei die Rumänen einige Auspielungen auf die Grundlagen der deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen machten und gegenüber der Zollfriedensidee sehr skeptisch waren.

Die italienische Abgabe hat naturgemäß nicht dazu beigetragen, die Hoffnungen der Konferenz zu heben. Dazu kommt, daß Frankreich erklärt hat, es könne nicht Stellung nehmen, ehe die neue Regierung gebildet sei. Der belgische Außenminister und der Holländer Collijn, der als Präsident der Konferenzen für die Ein- und Ausfuhrerlässe schon immer eine große Rolle in den Wirtschaftsverhandlungen des Völkerverständnisses spielte, bemüht sich, eine gemeinsame Linie zwischen den Freihandelsländern herzustellen, um wenigstens im Kleinen den Umfang der Zollsenkungen zu vergrößern. Es verlautet jedoch, daß England, das die Teilnahme Italiens und Frankreichs an der Zollsenkungsoption ablehnt, die Konsequenz eigener nationaler Schutzmaßnahmen ziehen.

Am Mittwochabend fanden zwischen Reichswirtschaftsminister Schmidt, Ernährungsminister Dietrich und dem rumänischen Finanzminister Madearn Verhandlungen über den deutsch-rumänischen Handelsvertrag statt.

## Die antirussische Welle

Die Beherrscher Russlands haben seit Jahren immer so getan, als sei ziemlich die ganze Welt eine einzige antisowjet-russische Front. Immer, wenn die russischen Bauern und Arbeiter eine Steigerung der harten Entbehrungen hinnehmen mußten, wurde ihnen zu ihrem Trost verflücht, daß die internationale Bourgeoisie zum Angriff auf das „Vaterland des Proletariats“ bereit stehe. Aus innerpolitischen Gründen bedurften die Bolschewisten dieser Drohung, und es machte ihnen nichts aus, daß sie bis jetzt noch nicht in die Wirklichkeit umgesetzt worden ist. Nun aber lassen sich Feststellungen machen, die den Eindruck hervorrufen, als ob in letzter Zeit die Feinde Sowjetrußlands zu einer erhöhten Aktivität übergegangen seien. Schon bei der vorläufigen Erledigung des Konflikts wegen der ostchinesischen Bahn war das Eingreifen der imperialistischen Hauptmächte bedeutsam. Denn es hatte keinen anderen Zweck als den, auch diese vorläufige Beilegung des Streites hinauszuzögern, um den Einfluß Russlands auf die Bahn und im fernem Osten zurückzudrängen. Unter dem Druck der Imperialisten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die dabei die Führung hatten, ist es kürzlich auch zu einem regelrechten Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Mexiko und Rußland gekommen. Unter der Regierung Calles hat Mexiko enge Beziehungen zu Rußland unterhalten. Seit es sich aber in die vollständige finanzielle Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten begeben hat, ist nicht nur der Ausbau der Sozialgesetzgebung ins Stocken geraten, sondern auch die Beziehungen zu Rußland sind immer loderer geworden, bis sie nun mit der Abberufung der Botschafter ihr vorläufiges Ende gefunden haben.

In Frankreich, dessen Rentekapitalisten durch die Annullierung der russischen Vorkriegsanleihen und Schulden große Kapitalverluste erlitten haben, ist von jeher ein günstiger Boden für die antisowjetrussische Agitation vorhanden gewesen. In den vergangenen Wochen aber ist diese Agitation zu einer wüsten Hege gesteigert worden, deren äußerer Anlaß das bis heute unaufgeklärte Verschwinden des ehemaligen Zarengenerals Rutikow ist. Rutikow war einer der Führer der weißgardistischen Emigration, und für die gesamte nationalistische Presse gilt es als feststehend, daß der General von den Agenten der russischen GPU ermordet oder ermordet worden ist. Obwohl bis jetzt die schon seit Wochen geführte Untersuchung für diese Behauptungen nicht den geringsten Anhalt gegeben hat, wird der russische Botschafter in Paris täglich in den rechtsradikalen Zeitungen in der niedrigsten Weise beschimpft und die Botschaft selbst zu einem Mördernest erklärt. „Volkstungebungen“ werden abgehalten, an denen zu Tausenden der nationalistische Wöbel teilnimmt und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen fordert. Diese Hege wird auch von dem französischen Klerus unterstützt und außerdem nähren sie noch die Kommunisten durch ihre unsinnige Krawallpolitik. Der sozialistische „Populaire“ kämpft einsam dagegen an und bemüht sich in dem konkreten Falle, der von den kapitalistischen Staatsmännern so oft im Munde geführten Verständigung der Völker wirklich zu dienen.

Nicht weniger aktiv sind die Gegner Sowjetrußlands in England. Bereiten sie schon der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen durch die Arbeiterregierung die ernstesten Schwierigkeiten, so sind sie weiterhin bemüht, MacDonald und Henderson vor der britischen Nation als große Nachgiebigkeit gegen den Bolschewismus anzuklagen. Die englische Filiale der kommunistischen Internationale ist zwar eine politisch völlig bedeutungslose Sekte, aber die Konfessionen beachten jede ihrer Reden und Äußerungen doch sehr genau, um sofort festzustellen, daß die russische Regierung die kommunistische Propaganda in England unterstützt und damit die Bedingungen, die sie bei der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen einging, durchbricht. Zu den verschiebenden Anfragen und Interpellationen, die MacDonald und Henderson beantworten mußten, kommen jetzt neue, in denen die Arbeiterregierung ermuntert wird, irgendwelche Schritte gegen die Einschränkung der religiösen Freiheiten in Rußland zu unternehmen. Die mächtige konservative Presse führt diesen Feldzug zur Bearbeitung der Massenstimmung und hofft, die Arbeiterregierung in eine für ihre Gegner hoffnungsvolle Lage hineinmanövrieren zu können. Schließlich hat auch der Papst durch eine eigene Aktion den Katholiken in allen Ländern für ihren politischen Kampf gegen Sowjetrußland Weisung gegeben.

Deutschland war der europäische Staat, der zuerst in die engsten Beziehungen zu Sowjetrußland trat. Den Rapallovertrag schloß die auch damals in Deutschland schon ausschlaggebende Bourgeoisie nicht deshalb mit Rußland ab, weil es von den Bolschewisten beherrscht wurde. Sie hätte statt der Staatsmänner mit proletarisch-revolutionärem Gern gern Männer aus ihrer Klasse zu Bundesgenossen gehabt. Aber wichtiger war ihr zu jenem Zeitpunkt überhaupt ein Bundesgenosse, mit dem sich, wenn es sein mußte, gegen die Siegerfront im Westen anrennen ließ. Mit Sowjetrußland hoffte die deutsche Bourgeoisie den „Schandvertrag von Versailles“ zerreißen zu können. Darum die tünliche militärische Zusammenarbeit. Seit 1922 hat sich manches

## Vertagung der Flottenkonferenz

SPD London, 19. Februar.

Die Hauptdelegierten der Flottenkonferenz haben am Mittwoch beschlossen, die Konferenz angesichts der französischen Regierungskrise auf eine Woche zu vertagen. Man vermutet, daß sich der italienische Delegierte Grandi auf die Dauer der Vertagung nach Rom begeben wird. Die Konferenz soll am kommenden Mittwoch wieder zusammentreten, falls sich bis dahin die Teilnahme Frankreichs wieder ermöglichen läßt.

Vor der Vertagung der Konferenz wurde das Memorandum der italienischen Delegation der Öffentlichkeit übergeben. Das umfangreiche Dokument betont eingangs, daß Rüstungen ausschließlich defensiven Charakter haben dürften und deshalb auf das Mindestmaß herabgesetzt werden müßten. Die italienische Delegation wiederholt dann, sie sei bereit, von vornherein jeder noch so niedrigen Rüstung zur See ihre Zustimmung zu erteilen, sofern dieses Minimum von keiner anderen kontinentalen Macht überschritten werde. Italien trete mit Nachdruck für eine Herabsetzung der Rüstungen zur See ein, weil es als Mitglied des Völkerverständnisses und eines der Länder, die den Kellogg-Pakt unterzeichnet haben, eine derartige Abrüstung als die natürliche Folge dieser Verträge betrachte. Insbesondere sei Italien bereit, auf den Bau von 105 000 Tonnen zu verzichten, trotzdem ihm in Washington 175 000 Tonnen in der Kategorie der Schlachtschiffe zugestanden worden seien. Es sei schließlich mit der Abschaffung der U-Boot-Waffe einverstanden, falls eine wesentliche Gesamtabrüstung der Rüstungen zur See und eine Abschaffung der Schlachtschiffe erfolge.

## Ein Flottenbauprogramm

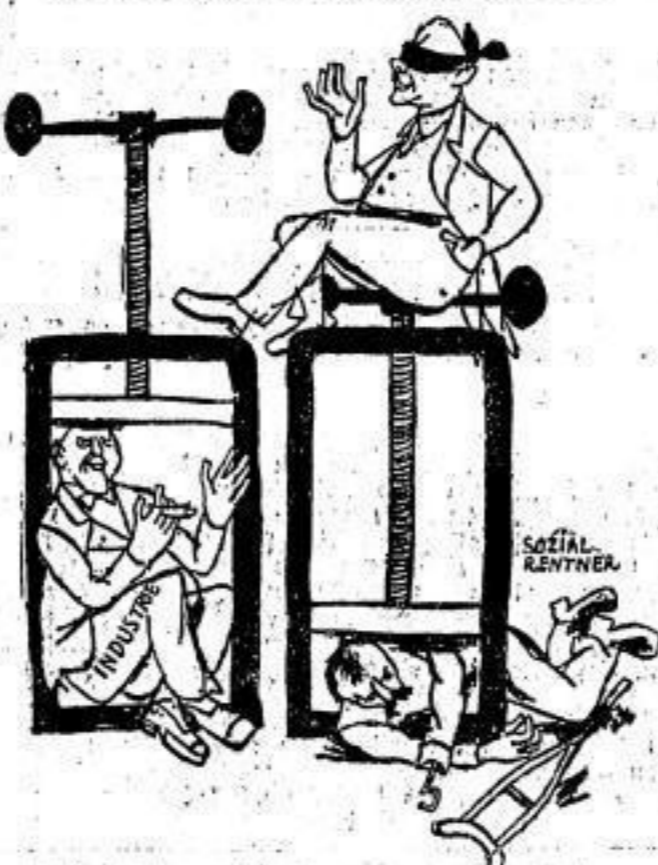
SPD Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: „Es ist bekannt, daß in der letzten Kabinettsitzung eine Einigung dahin zustande gekommen ist, daß eine Rate für das Panzerschiff B in den Etat für 1930 nicht eingestellt wird. Die Gründe sind in Finanznot zu erblicken, die es dieses Jahr unmöglich macht, einen Posten für Panzerschiff B in Ansatz zu bringen. Ebenso ist es deshalb nicht möglich, schon in jetzt einem Beschluß des Reichstages nachzukommen, wonach umgehend ein langfristiges Programm für die Ersatzbauten der Flotte aufgestellt werden soll. Dieses wird mit dem Etatvoranschlag für 1931 vorgelegt werden und, auf eine Reihe von Jahren verteilt, die Ersatzbauten festlegen, wobei auch der Ersatz für Linienschiffe vorsehen wird.“

## Am den Kreuzer, der noch gebaut wird

SPD Berlin, 20. Februar.

Die Meldung des Echo de Paris, daß auf den Bau des Panzerkreuzers B erst nach Protest der englischen Regierung verzichtet worden sei, wird von der Reichsregierung in jeder Form als freierfunden bezeichnet. Die Reichsregierung habe nicht einen Augenblick daran gedacht, die für das Panzerschiff B anfänglich in Aussicht genommene Rate aus außenpolitischen Gründen abzulehnen. Der wirkliche Grund der Ablehnung ist in der Finanznot Deutschlands zu suchen.

## Liberale Steuertheorie



Beim Anziehen der Steuerfahne muß immer der Lebensspietraum der einzelnen Bevölkerungsklassen berücksichtigt werden.